

liert, sie in eine Kleinfamilie zwingt, unbezahlte Hausarbeit und unterbezahlte Fabrikarbeit erzwingt, diesen Prozeß erleben Ausländerinnen heute. Wir haben uns viel darüber zu sagen.

Auf der Tagung wurde von vielen Beispielen gemeinsamer Aktivitäten berichtet. Wichtig ist, daß Ausländerinnen einmal rauskönnen aus der Mühle des Alltags. Überlegen, wie und warum Frauen unter diesen Bedingungen leben, braucht einen Freiraum. In Hannover hat sich aus einem Sprachkurs an der Volkshochschule eine Gruppe von Spanierinnen, Türkinen und Jugoslawinnen gebildet, die zweimal miteinander einen Bildungsurlaub verbrachten. Beim ersten Mal stellten sie ihren Alltag mit Collagen dar. Der zweite Urlaub führte nach Berlin, um Ausländerberatungsstellen zu besuchen. Während ihrer anstrengenden Reise durch die Stadt legten die Frauen eine Ruhepause in einem türkischen Teehaus ein. Ein Einbruch in die Domäne der Männer, der für eine einzelne Frau nicht möglich

gewesen wäre. Seit der Reise treffen sich die Frauen regelmäßig im Frauenzentrum Hannover.

Gruppen nur für Frauen

In Berlin-Kreuzberg haben türkische und deutsche Frauen einen Laden gemietet, in dem Beratung beim Umgang mit Behörden, Sprach- und Alfabetisierungskurse stattfinden und die Frauen sich zum Teetrinken und Sonntagsfrühstück treffen. Nähkurse, von Institutionen zur „Ausländerbetreuung“ häufig angeboten, „weil anders Frauen und Mädchen nicht aus dem Haus dürfen“, wurden abgelehnt. Weder die Ausländerinnen noch engagierte Sozialarbeiterinnen wollen eigentlich Nähkurse machen, weshalb also einen Vorwand erfinden, der noch nicht einmal die von den Frauen erhoffte berufliche Qualifikation bringt. Sprachkurse, Gruppen über Schul- und Ausbildungsprobleme sind sinnvoller und von Brüdern, Vätern, Ehemännern akzeptiert, wenn nur Frauen teilnehmen.

Ausländerinnen können nur selbst über ihre Lebensführung und Zukunftsplanung entscheiden, wenn das bestehende Ausländergesetz abgeschafft wird. Auch die Zuzugssperre in bestimmte Regionen und die Stichtagsregelung (Frauen, die nach dem 30.11.74 und Jugendliche, die nach dem 31.12.76 nach Deutschland gekommen sind, erhalten grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis) verschärfen die Not, die letztlich auf den Frauen lastet, denn sie werden verantwortlich gemacht für das Wohlergehen der Familienmitglieder.

Mehr ausländische Frauen und mehr Frauen überhaupt müssen von den Behörden und Verbänden für die Arbeit mit Ausländerinnen eingestellt werden. Nur Frauen gegenüber äußern sie ihre Schwierigkeiten in der Familie, nur Frauen können sich gegenseitig unterstützen. Beratung durch Männer wird immer formalrechtlich bleiben, ein Grund, weshalb das Ausmaß der Probleme bisher unsichtbar geblieben ist.

Cornelia Mansfeld



In jeder Hinsicht neu war das erste Frauenforum im Revier (meint: Ruhrgebiet) vom 20. bis 25. März in Dortmund: Für die in Frauenzentren engagierten Frauen war neu, daß sie auf einem Kongreß einmal nicht das Bild bestimmten. Für die Revierfrauen – Hausfrauen, erwerbslose und erwerbstätige Frauen, Lesben, Mütter und kinderlose Frauen, Ausländerinnen, Sozialhilfeempfängerinnen, Gewerkschafterinnen, Frauen zwischen 15 und 75 – war es neu, sich so zahlreich treffen und austauschen zu können. An jedem Tag wurde das Frauenforum von 1.000

Frauen besucht. Die einzelnen Tage standen unter Global-Themen, zu denen Arbeitsgruppen eingerichtet waren.

Neu war auch die Organisationsform des Frauenforums, zu dem die Landeszentrale für politische Bildung und der Minister für Arbeit und Soziales in Nordrhein-Westfalen das Geld gegeben hatten. Aus einem Notfonds wurden an mittellose Frauen täglich 20,- DM für Essen und Übernachtung gezahlt. Es gab immer ausreichend Platz; alle – wenn auch kahlen – Räume der PH Dortmund standen den sich spontan

bildenden Frauengruppen zur Verfügung. Herkömmlich war nur, daß die gesamte Organisationsarbeit von Frauen umsonst geleistet wurde. Lediglich zwei ABM-Stellen waren eingerichtet worden.

Wie nötig Frauen eigenen Raum und damit Räume brauchen, besprachen Teilnehmerinnen, die sich unter dem Titel „Baustrukturen sind Stein gewordene Beziehungsstrukturen“ trafen. Nach einem etwas langweiligen und weitläufigen Referat, einem der wenigen, das nicht nach zehn Minuten von der Diskussion der Teilnehmerinnen abgelöst wurde, trugen die Teilnehmerin-

nen ihre Erfahrungen mit Alt- und Sozialbauwohnungen zusammen.

Schlafzimmer, Kinderzimmer, Wohnzimmer ist der 08/15-Grundriß einer Sozialbauwohnung. „Aber das Wohnzimmer gehört doch allen!“ warf eine Frau ein. Vielleicht, aber wer es tatsächlich bewohnt und beherrscht, ist eine andere Frage. Es beherbergt die Heiligtümer Stereoanlage und Fernseher, und der Mann entscheidet, was gerade angeschaltet wird. Dazwischen wälzen sich die Kinder auf dem Teppichboden, verständlich, denn ihr Zimmer ist selten mehr als eine Abstellkammer.

Frauen ertrotzen von der Familie ihr eigenes Zimmer

Bleibt für Frauen das Schlafzimmer, aber es ist voll mit Ehebett und Schrankwand, und nur wenige Männer scheinen zu dulden, daß eine Frau hier umräumt und sich einen eigenen Platz schafft. Küche? Nein, danke, die wollen wir nicht! Wo aber eine Frau sich nicht zurückziehen kann, ist sie ständig verfügbar für die Anforderungen von Mann und Kindern. Der Zwang zur Hausarbeit rund um die Uhr ist in Wohnungsgrundrissen schon angelegt. Wie können wir uns dagegen wehren? Frauen berichteten, wie mühselig aber erfolgreich sie ihren Familien gegenüber ein eigenes Zimmer abtrotzten. „Wenn Kinder eigene Zimmer bekommen sollen, zuerst an die Mädchen denken, die haben's nötiger“, gab eine Frau zu bedenken. All dies ist natürlich auch eine Frage des Geldes. Lohn für Hausarbeit stand in fast jeder Gruppe zur Debatte.

Frauen und ihre Arbeitskraft für andere verfügbar zu halten, kann man auch mit Gesetzen. „Rechtspraktische Fragen im Familien- und Arbeitsrecht“ standen in einer anderen Gruppe zur

Diskussion, Frauen von Anfang 20 bis Ende 50 kamen. „Darf das Arbeitsamt mir das Arbeitslosengeld vor-enthalten, wenn meine Kinder nicht im Kindergarten sind?“, wollten junge Frauen wissen. Ältere erzählten, daß ihre Männer verbieten, VHS-Kurse zu besuchen, sie bekommen kein Taschengeld und dürfen kein Geld verdienen, selbst wenn sie eine Stelle finden. „Welche Rechte habe ich?“ wollten diese Frauen wissen. „Keine“, mußten wir gemeinsam feststellen.

Das neue Familienrecht schafft zwar die Hausfrauenehe ab, der Mann kann also die Frau nicht mehr zu Hausarbeit verpflichten, sondern die beiden sollen sich einigen, wer was macht. Allerdings steht dies nur auf dem Papier. Einklagen kann eine Frau nicht, daß ihr Mann den Haushalt führt, wenn sie Geld verdient. Ist das Gesetz trotzdem ein Fortschritt, oder soll es Frauen nur zu jederzeit verfügbaren Arbeitskräften auf dem bezahlten Arbeitsmarkt machen, indem die Verpflichtung zur Hausarbeit formal abgeschafft wurde? Darüber konnten wir uns nicht einigen.

„Warum laßt ihr euch nicht scheiden“, fragten jüngere Frauen. „Wir können uns trotz des neuen Scheidungsgesetzes nicht trennen“, war die Antwort der Älteren, „von was sollen wir leben?“ Altersrente bekommt man erst ab 60, Unterhalt vom Mann nur zeitlich begrenzt, und mit 50 noch eine Arbeitsstelle finden, ist fast unmöglich. „Wie gut habt ihr jungen Frauen es, eure Männer sind nicht so schlimm und erziehen könnt ihr sie auch noch!“ „Von wegen, unsere sind kaum besser, und jeden von ihnen geleerten Mülleimer müssen wir uns mühsam erkämpfen.“ Ältere und jüngere Frauen kamen sich näher, nicht nur in dieser Veranstaltung.



Alle Fotos Birgid Kleber

Die Mütter lernten, daß die Töchter doch noch nicht so viel Freiraum und Selbständigkeit haben, wie es oft scheint, und daß diese Freiheiten ihnen nicht durch Jugend in den Schoß gefallen sind. Die Töchter begriffen, daß ihre Mütter keine ohnmächtigen Opfer sind, sie haben sich ein Leben lang gewehrt, auch wenn dies unsichtbar gehalten wird.

Auf dem Frauenforum in Dortmund haben unterschiedlich lebende Frauen angefangen, sich gegenseitig zu verstehen. Wie sie zu lernen begonnen haben, daß Probleme einer Gruppe von Frauen nur die Kehrseite der Schwierigkeiten einer anderen Gruppe sind. Besonders Mütter haben dies deutlich gemacht.

Ihre Berufskarriere vereinzelt Frauen oft

Die Mütterfeindlichkeit in den Frauenzentren geht oft zusammen mit dem Versuch von kinderlosen Frauen, über eine qualifizierte Ausbildung und angesehenen Arbeitsstellen, endlich etwas Geld und Einfluß zu erhalten, Ohnmacht zu überwinden. Eine solche Karriere vereinzelt aber zwangsläufig die Frauen, die sie verfolgen. Die relative Anpassung an männlich-kapitalistische Normen, von denen wir uns ein Stückchen Stärke erhoffen, gerät unversehens zur Schwäche, in zweierlei Hinsicht: Wir konkurrieren gegen andere Frauen, die sich qualifizierte Jobs erarbeiten wollen,



Frauen von Anfang 20 bis Ende 50 kamen . . .

und wir distanzieren uns von Müttern, indem wir sie als schwach sehen und unberücksichtigt lassen. Die so entstehende Spaltung unter Frauen läßt uns aber ohnmächtiger und nicht machtvoller zurück. Welche politischen Schlüsse daraus zu ziehen sind, war auf dem Frauenforum umstritten. Geld und deshalb Selbstbestimmung und Autonomie können wir jedenfalls nur gemeinsam erreichen.

Zahlreiche Initiativen entstanden

All diese Schritte zu einer neuen Gemeinsamkeit von Frauen wurden erreicht, weil unsere alltägliche Erfahrung auf neue Weise vermittelt und überdacht werden konnte. Jeder Arbeitstag wurde mit einem Tagesplenum abgeschlossen. Hier berichteten die Arbeitsgruppen von ihrem Diskussionsverlauf, ihren Ergebnissen und neuen Aktivitäten. So wurden sie allen Frauen zugänglich. Die Gruppe krebserkrankter Frauen z.B. forderte eine vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit finanzierte Untersuchung über den Zusammenhang von Krebs und psychischer Belastung bei Frauen. Der Verein „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.“ soll die Trägerschaft

übernehmen. In diesem Zusammenhang wurde uns klar, welche Auswirkungen ständige Aufopferung für andere und Vernachlässigung unserer eigenen Interessen, die uns aufgezwungen wird, auch haben können.

Zahlreiche Initiativen entstanden. Ein Stammtisch von ausländischen und deutschen Frauen im Ruhrgebiet hat sich gegründet. Dabei geht es, wie die Ausländerinnen betonten, nicht um Mitleid und Hilfe von deutschen Frauen für sie, sondern darum, wie man miteinander Lebensbedingungen verändern kann. (1. Treffen: Samstag, 5.5., 16 Uhr, Türkisches Lehrzentrum, Dortmund).

Während des Frauenforums veranstaltete der „Verein sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen“ seine Mitgliederinnenversammlung. Unser Theorie-Praxis-Verständnis stand auf der Tagesordnung. Die Fülle von neuen Ansätzen für eine feministische Praxis konnte aber nicht in die Diskussion eingebracht werden. Dies zeigte sich schon daran, daß das Tagesplenum des Frauenforums und die Mitgliederinnenversammlung parallel lagen, Frauen sich also entscheiden mußten, in welchem Kreis sie das Verhältnis von Theorie und Praxis diskutieren wollten.

Ein unterschiedliches Verständnis des Begriffs Praxis im Verein wurde deutlich. Einige Frauen beschrieben Praxis als einseitige Hilfe für vereinzelt Frauen in der Sozialarbeit. Für uns dagegen beinhaltet das kollektive Erkennen und Verändern in den Frauengruppen des Forums eine Praxis, die ihre Reflexion gleich einschloß und die Spaltung zwischen Frauen mit unterschiedlicher formaler Ausbildung angriff. Indem die Erfahrungen des Forums aus der Mitgliederinnenversammlung ausgeschlossen wurden, wurde eine Chance vertan.

Die Teilnehmerinnen des Frauenforums haben sich gegenseitig ernst genommen, so unterschiedlich sie auch leben mögen. Wir haben eine Ahnung davon bekommen, wie stark wir gemeinsam sein können. Allerdings wird dies den politischen Parteien und anderen Institutionen, die sich in letzter Zeit bemühen, die Frauenbewegung aufzuspalten und zu vereinnahmen, nicht verborgen bleiben. Qualifizierte Jobs sind das Zuckerbrot für die einen, der § 218 beispielsweise das Druckmittel für die anderen Frauen.

Wir brauchen noch viele Frauenforen, aus staatlichen Kassen finanziert, aber von uns autonom getragen und organisiert.

Cornelia Mansfeld

Das Abschließen der großen Kanone Der Briefmarkenprozeß

Wenn es nicht so ungeheuerlich wäre, frau könnte es für einen Witz halten: während Haie ungestraft Umwelt zerstören, während Wirtschaftsverfahren um 4-stellige Beträge mangels „öffentlichem Interesse“ eingestellt werden, hatte die politische Staatsanwaltschaft nichts Wichtigeres zu tun, als Traude Bühmann unter Berufung auf dasselbe „öffentliche Interesse“ wegen einer 30-Pfennig-Briefmarke den Prozeß zu machen.

Die ehemalige Redakteurin der Courage hatte vor einem Jahr versehentlich einen Brief an ihre Freundin im Knast mit einer Marke der Roten Hilfe frankiert. Der Post war die Marke auch nicht aufgefallen. Erst der Richter, der alle Briefe an und von Waltraut Siepert kontrolliert, bemerkte die falsche Briefmarke. Er leitete den Umschlag an die politische Staatsanwaltschaft weiter. An die politische Staatsanwaltschaft deshalb, weil „die Sache im Umfeld der politischen Gefangenen liegt“. Diese eröffnete ein Ermittlungsverfahren wegen Betruges. Da es der Post zu lächerlich war, einen Strafantrag zu stellen, muß-

te das „öffentliche Interesse“ zur Durchführung des Verfahrens herhalten.

Obwohl die Marken 2-millionenfach im öffentlichen Buchhandel erhältlich waren und sind, durchsuchten 8 Staatsräppler Traudes Wohnung nach weiteren Rote-Hilfe-Marken. Einen Tag zuvor hatte ein Herr K. bereits die Lage des Hauses ausspioniert und in Zusammenarbeit mit dem „Kontaktbeamten“, KOB D A 45, einen detaillierten Bericht angefertigt über Ein- und Ausgänge nach hinten und vorne sowie Durchgangsmöglichkeiten zu Nachbargrundstücken: „Das Namensschild ist am Klingelbrett in der rechten Spalte neben dem 3. Klingelknopf von unten angebracht.“

Ein „bewußtes“ Ehrengerichtsverfahren

Traude und ihre Rechtsanwältin legten Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die ermittelnden Richter und Staatsanwälte ein und brachten den Fall an die Öffentlichkeit (vgl. Courage 5/78). Alle Beschwerden wurden abgewiesen. Stattdessen wurde gegen die Rechtsanwältin,

Alexandra Goy, ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet, weil sie den Einsatz von 8 Beamten als „bewußt“ unverhältnismäßig gerügt hatte. Die Forderung der Frauen auf Schmerzensgeld wegen verleumderischer Nachrede durch die Justizpressestelle wurde wenig später „beantwortet“ mit einem Strafbefehl über 250 Mark wegen Betruges.

Auf Einspruch der Beschuldigten kam es Anfang März zur Gerichtsverhandlung. Richter Schultze, der sich vor dem Termin noch bei Staatsanwalt Kienbaum vergewissert hatte, ob das Ganze nicht doch ein Versehen und wegen Nichtigkeit einzustellen sei, entschied letztendlich: im Namen des Volkes verurteilt wegen Betruges zu 5 Tagessätzen à 20 DM (Arbeitslosentarif) plus die Kosten des Verfahrens. Denn: „... sie beschloß, sich die kostenlose Beförderung des Briefes durch Verwendung eines briefmarkenähnlichen Wertzeichens zu erschleichen. In Ausführung dieses Tatplanes klebte sie rechts oben auf den Umschlag ein briefmarkenähnliches Wertzeichen mit gezackten Rändern. . . Dieses Täuschungsmanöver